



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Raumentwicklung ARE

Dialog Nachhaltige Entwicklung Schweiz 2009

«Green Economy» – Rezept für eine zukunftsfähige Schweiz?

Referat und Podiumsdiskussion / Bern, 3. September 2009



Impressum**Herausgeber**

Bundesamt für Raumentwicklung ARE
CH-3003 Bern

Redaktion

Daniel Dubas, Nana von Felten, ARE
Barbara Meier, Klarkom GmbH

Übersetzung

Stéphane Cuennet, Freiburg

Fotos

Monika Flückiger, Bern

Grafische Gestaltung

SIRKOM GmbH, 3184 Wünnewil

Zitierweise

Dialog Nachhaltige Entwicklung Schweiz 2009
«Green Economy» – Rezept für eine zukunftsfähige Schweiz?
ARE

Bezugsquelle

In elektronischer Form: www.are.admin.ch/dialog
Auch Französisch erhältlich

10.2009

Einleitung

Exponentinnen und Exponenten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden diskutierten auf Einladung des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE) über Voraussetzungen und mögliche Beiträge des politischen Systems Schweiz zur Förderung einer «Green Economy».

«Green Economy» oder alternative begriffliche Konzepte wie «Green Growth» oder «Green New Deal» – eine klar definierte und allseits anerkannte Begrifflichkeit besteht noch nicht – entstammen dem internationalen Diskurs bei der UNO und in der OECD¹. Sie basieren auf der Grundidee, dass nachhaltigkeitsrelevante Wirtschaftssegmente wie Energieeffizienz, Cleantech oder erneuerbare Energien Motoren künftigen Wachstums sein können und Lösungen sowohl für die wirtschaftlichen als auch die ökologischen Herausforderungen darstellen können. Besonders beim Konzept des «Green New Deal» kommt zusätzlich der Aspekt der kurzfristigen Konjunkturstimulierung hinzu. Die Idee also, dass Investitionen in nachhaltigkeitsrelevante Bereiche ganz besonders zur Überwindung der aktuellen Wirtschaftskrise beitragen können.

Die Schweiz insgesamt und ihre Volkswirtschaft sind gegenwärtig nicht nachhaltig². In den letzten Jahren haben jedoch Wirtschaft und Politik verschiedene Anstrengungen unternommen, um die Anliegen der Nachhaltigkeit auf allen Stufen und in allen Sektoren zu integrieren. Nur beispielhaft erwähnt werden die Energiepolitik mit Aktionsplänen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, oder auch das «Sustainability Management» und das Reporting in Unternehmen.

Die politische und gesellschaftliche Diskussion ist seit 2008 stark von der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Zur Bekämpfung der Krise lösten Bundesrat und Parlament Konjunkturstimulierungsmassnahmen aus, deren Hauptzweck die kurzfristige Beeinflussung der konjunkturellen Entwicklung ist. Darunter finden sich teilweise Massnahmen mit Nachhaltigkeitsbezug, so zum Beispiel die Förderung der Energieeffizienz, insbesondere im Gebäudebereich. Eine strategische Ausrichtung auf Nachhaltigkeit wurde jedoch nicht gewählt.



¹ Vgl. z.B.

- United Nations Environment Programme UNEP (2009): Green Economy Report
- United Nations Environment Programme UNEP (2009): Global Green New Deal – Policy Brief
- Green New Deal Group (2008): A Green New Deal
- Organization for Economic Cooperation and Development OECD (2009): Green Growth: Overcoming the Crisis and Beyond

² Siehe Nachhaltigkeitsmonitoring MONET oder der Ökologische Fussabdruck der Schweiz

Die grundlegende These der Veranstaltung beruht auf dem Gedanken, dass wir einen Umbau der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit brauchen, um die Zukunftsfähigkeit der Schweiz sicherzustellen. Zu klären ist dabei, welche Rolle der Staat, welche die Wirtschaft und die Politik spielen?

Folgende zentralen Fragen wurden in einem Podiumsgespräch im Rahmen des «Dialogs Nachhaltige Entwicklung Schweiz 2009» diskutiert.

- Wie werden die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise die Nachhaltige Entwicklung beeinflussen?
- Werden die Bemühungen um Nachhaltigkeit in der Politik und im Privatsektor an den Rand gedrängt, oder sind sie ein Erfolgsfaktor zur Bewältigung der Krise?
- Wie kann ein Kurswechsel in Richtung Nachhaltigkeit stattfinden?

«Nachhaltigkeitsorientierung ist ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, der auch von Seiten des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE) konsequent gefördert und gefordert wird.»

Maria Lezzi, Direktorin ARE

Inputreferat Bruno Cabernard, Leiter Nachhaltigkeit Coop



Bruno Cabernard legt dar, Coop habe als einer der ersten Grossverteiler das Potenzial einer Nachhaltigkeits-Strategie erkannt. Seit Anfang der neunziger Jahre gestaltet der zweitgrösste Schweizer Detaillist sein Sortiment nach Kriterien der Nachhaltigkeit. Dies geschieht einerseits über eigene Marken mit biologischen oder fair gehandelten Produkten, andererseits durch das laufende Anheben der ökologischen und sozialen Standards im herkömmlichen Sortiment. Coop hat sich zudem im Bereich Infrastruktur und Betrieb (Verkaufstellen, Logistik, usw.) bis 2023 das Ziel gesetzt, klimaneutral zu werden.

Cabernard ist davon überzeugt, dass die nachhaltige Geschäftspolitik klar zur anhaltenden Stärkung der Wettbewerbsposition von Coop beigetragen hat. Um diese Geschäftspolitik langfristig zu entwickeln und umzusetzen, sind stabile Rahmenbedingungen eine wichtige Voraussetzung. Er richtet sich mit diesem Anliegen in erster Linie an die Politik und fordert eine Harmonisierung auf kantonaler, nationaler und internationaler Ebene.



Beitrag aus dem Publikum

«Nachhaltiges und prosperierendes Wachstum entsteht besonders durch die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verantwortung durch die Unternehmen. Dazu müssen die Unternehmen ermutigt werden und entsprechende Anerkennung erhalten. Bei Strategie- und Investitionsentscheidungen sind der soziale und der ökologische Pfeiler als gleichwertig zu betrachten.»

Bettina Ferdman Guerrier, Philias

Podiumsdiskussion: Green Economy im Kontext der Wirtschaftskrise

Moderation

Christoph B. Keller Schweizer Radio DRS 2, Redaktion Gesellschaft

Teilnehmer/innen

Bruno Cabernard Leiter Nachhaltigkeit Coop
Lucas Bretschger Professor für Ressourcenökonomie, ETH Zürich
Ursula Wyss Nationalrätin und Fraktionspräsidentin SP
Eric Scheidegger Stv. Direktor SECO
Christoph Butz Nachhaltigkeitsexperte, Bank Pictet & Cie

Die Diskussion wurde entlang von drei Thesen geführt, die der Moderator den Teilnehmenden im Verlauf der Diskussion vorlegte.

These 1:

Die Botschaft, dass die Klimaerwärmung längst zur Realität geworden ist, und damit unter anderem ein dramatischer Verlust an Wasserspeichern in den Gletschern, eine Gefährdung der Biosphäre und der Biodiversität einhergehen, hat die politisch Verantwortlichen der Schweiz noch nicht wirklich erreicht. Deshalb fehlen den verabschiedeten Konjunkturprogrammen klare und starke Impulse in Richtung «Green Economy».





Ursula Wyss bekräftigt, es bestehe dringender Handlungsbedarf. Die Schweiz ist im Bereich Nachhaltigkeit stark ins Hintertreffen geraten, und die Europäische Union gibt nun die Normen vor. In Bezug auf die Energie- und Klimapolitik braucht es griffige, verbindliche Massnahmen und nicht Freiwilligkeit. Ursula Wyss bedauert, die bundesrätlichen Konjunkturstimulierungspakete hätten unbedingt noch mehr auf den ökologischen Umbau ausgerichtet werden sollen, und sie fordert noch mehr Investitionen im Immobilienbereich.

Eric Scheidegger gibt seiner Überzeugung Ausdruck, die Zukunft der «Green Economy» werde auf den Märkten entschieden. Die internationale Politik muss sich auf die Rahmenbedingungen zur Vermeidung von Umweltbelastungen konzentrieren. Der langfristige Erfolg (oder auch Misserfolg) von «grünen» Produkten und Technologien liegt letztlich in den Händen von Unternehmen und den Konsumenten. Seiner Meinung nach sind in der heutigen ausserordentlichen Konjunktursituation spezifische und schnell wirkende Stabilisierungsmassnahmen gefragt. Im zweiten Stimulierungspaket des Bundes sind immerhin zusätzliche 80 Millionen Franken in erneuerbare Energien geflossen.



Lucas Bretschger bestätigt in der aktuellen Situation die Nachfrage nach kurzfristigen Konjunkturprogrammen. Falls der Staat nachhaltig investieren will, setzt dies zahlenmässig einige nachhaltige Projekte voraus, die kurzfristig ausführungsfähig sind. Dies ist leider oft nicht der Fall, denn ökologischer Umbau und Strukturwandel sind auf Langfristigkeit angelegt und entsprechend langsam in der Umsetzung.

Beitrag aus dem Publikum

«Eine Schliessung der Ressourcenkreisläufe ist nur bei tabuloser Betrachtung der gesamten Prozesskette möglich – wer genau hinschaut, entdeckt das verborgene Potential. Meist fehlt uns dafür nur die Zeit.»

Urban Frei, Ryttec AG

**These 2:**

Während sich die politische Sphäre nur langsam regt und es an klarer Leadership fehlt, gibt es in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und bei den Akteuren der Zivilgesellschaft unzählige innovative, risikofreudige «First Movers» von Organisationen wie Myclimate über Oerlikon Solar oder innovative Investmentfonds bis hin zu Biostrom produzierenden Bauern. Die Bewegung geht «bottom up». Es ist allerdings Aufgabe des Staates, für diese Bewegung bestmögliche Bedingungen zu schaffen.

Lucas Bretschger glaubt, den freiwillig agierenden «First Movers» gehe es oft hauptsächlich um eine «nachhaltige Reputation». Freiwilligkeit ist aus seiner Sicht ein guter Ansatz, er funktioniert jedoch nur in gewissen Bereichen. Die Erfahrungen bei EnergieSchweiz oder der Energieagentur der Wirtschaft EnAW zeigen beispielsweise, dass die Zielsetzungen in der CO₂-Problematik mit freiwilligen Massnahmen kaum erreichbar und mit hohem administrativem Aufwand verbunden sind. «First Mover»-Initiativen funktionieren relativ gut an Hochschulen (Innovationen), aber sie sollten nach einer gewissen Zeit, wenn sie sich bewährt haben, als verbindlich erklärt werden.



Christoph Butz ergänzt, wir sollten uns vom Nischen-denken verabschieden. Um die gesamte Wirtschaft nachhaltiger zu gestalten, sind nicht nur die kleinen, sondern auch die grossen Firmen gefordert.

Ursula Wyss verweist darauf, dass nicht mehr viel Zeit verbleibe. Wir können nicht darauf warten, bis sich alle Unternehmen freiwillig auf die Bewältigung der neuen Herausforderungen eingestellt haben. Die Schweiz ist heute im Vergleich zu anderen Ländern in Rückstand geraten. Deutschland beispielsweise zeigt auf, wie mit politischen Entscheiden, so etwa durch das System der Einspeisevergütung für nachhaltig erzeugten Strom, grosse Fortschritte erzielt werden können.

Eric Scheidegger entgegnet, er erachte die Klimaproblematik als sehr komplex, weshalb er den Faktor Zeit nicht in den Vordergrund stellen wolle. Er vertritt den Standpunkt, Anpassungen an die Folgen des Klimawandels seien ebenso wichtig wie die Reduktion von Treibhausgasemissionen. Die Schweiz verursacht bescheidene 0,2 % des weltweiten CO₂-Ausstosses, deshalb muss und kann sie nicht in allen Bereichen ein «First Mover» sein.

Für **Bruno Cabernard** ist es hingegen wichtig, zu den Ersten zu gehören und nicht den anderen hinterher zu rennen. In der Schweiz werde man als «First Mover» leider oft bestraft. Der Wettbewerb mit der Migros setzt viel Kreativität frei und ist für beide sehr anspornend. Wenn hingegen zu viel reguliert wird, führt dies zu mehr Bürokratie und nicht zu einer «Green Economy». Die Nachfrage nach Bio-Produkten ist beispielsweise nicht durch Regulierung entstanden, sondern beruht eben gerade auf Freiwilligkeit.



Christoph Butz bringt einen weiteren wichtigen Aspekt in die Diskussion ein, nämlich dass wir über die Pensionskassen alle Investoren und damit indirekt wichtige Akteure an den Finanzmärkten seien. Wenn sich unsere Wirtschaft tatsächlich in Richtung Nachhaltige Entwicklung bewegen soll, so muss man die gesamte Finanzierungs- und Investitionstätigkeit überdenken und neu ausrichten. Finanzdienstleister spielen dabei eine wichtige Rolle, insbesondere als Entwickler und Anbieter von intelligenten Anlagemöglichkeiten, die effektiv einen nachhaltigen Unterschied bewirken.

Beitrag aus dem Publikum

«Nicht überall, wo grün drauf steht, ist auch grün drin. Es braucht national und international abgestimmte Regeln zur Definition von «grüner» Wirtschaft.»

Karine Siegwart, BAFU

These 3:

Für eine zukunftsfähige Schweiz muss das politische System die Impulse aus der Wirtschaft aufnehmen und langfristige Rahmenbedingungen für eine «Green Economy» schaffen. Nur so wird es gelingen, längerfristig international konkurrenzfähig zu bleiben. Insofern ist Nachhaltigkeitsorientierung ein wichtiger Wettbewerbsfaktor für die Schweiz.



Christoph B. Keller zielt mit dieser These insbesondere auch auf die steuerlichen, raumplanerischen und umweltpolitischen Eckpfeiler, die gesetzt werden müssen.

Für **Bruno Cabernard** bedeutet eine umfassend verstandene Nachhaltigkeit sowohl Unternehmenszweck als auch unternehmerische Chance und betriebswirtschaftliche Pflicht. Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Erfolg gründen nicht zuletzt darauf, dass sich die Entscheide von heute an den Bedürfnissen von morgen und übermorgen orientieren.

Lucas Bretschger erinnert daran, dass sich im internationalen Vergleich kein direkter Zusammenhang zwischen Wohlstand und verbrauchter Energie einzelner Länder festmachen lässt. Verschwendung von Energie bedeutet nicht automatisch Wohlstand. Da Marktwirtschaften langfristig sehr flexibel sind, entscheidet hauptsächlich der politische Gestaltungswille. Insofern kann die Technologie-Entwicklung mit geeigneten Rahmenbedingungen stark beeinflusst werden. Ausschlaggebend für die Reduktion des Verbrauchs von natürlichen Ressourcen sind stabile Bedingungen. Kurzfristige Schocks hingegen, wie sie die Wirtschaft in den siebziger Jahren trafen, führen zu hohen volkswirtschaftlichen Kosten, betont Bretschger. Die Politik muss deshalb in der Klima- und Energiepolitik mit realistischen, verbindlichen Etappenzielen operieren, um ihre Verantwortung wahrzunehmen. Die Schweiz könnte durch eine Verringerung ihrer Abhängigkeit von Erdöl volkswirtschaftliche Risiken minimieren und als Vorbild auf die internationale Politik ausstrahlen.

Beitrag aus dem Publikum

«Alle Bauten, die wir heute nicht nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit erstellen, werden die Altlasten von morgen sein.»

Alec von Graffenried, Losinger/GPS

Fazit

Ein «Green New Deal» ist volkswirtschaftlich verkraftbar

Eine noch nicht publizierte Studie von Lucas Bretschger zeigt, dass der Wandel von der Erdöl angetriebenen hin zu einer nachhaltigen, auf erneuerbare Energien gegründete Wirtschaft ohne volkswirtschaftliche Schäden durchaus möglich ist. Eine wichtige Bedingung jedoch ist ein fließender, sprich stabiler Übergang. Eine frühzeitige Positionierung als innovative, auf nachhaltige Prinzipien gegründete Volkswirtschaft zahlt sich längerfristig als Standortvorteil aus.

Der politische Wille ist entscheidend

Volkswirtschaften sind gestaltbar. Voraussetzung dafür ist der politische, kollektive Wille mit starker Leadership. Investoren, KMUs, Konsumentinnen und Konsumenten und letztlich alle Mitglieder der Gesellschaft orientieren sich nach klaren Marschrichtungen. Die dadurch gewonnene Sicherheit und die Überzeugung für den vorgegebenen Weg bringen Vertrauen in die Zukunft. Auf diese Weise lässt sich der Wandel gestalten.

«First Movers» stärken, nicht bestrafen

Das Inputreferat zeigt, wie «First Movers» erhebliche Risiken eingehen. Sie ergreifen in einer Zeit des Übergangs Initiative, oft sogar ohne Anreize. Ihr Antrieb ist die Gewissheit, dass sich die Zukunft im Sinne der Nachhaltigkeit gestalten lässt. Es ist die Aufgabe einer zukunftsgerichteten Politik, «First Movers» zu erkennen und, falls nötig, diese zu unterstützen. Wahrscheinlich sind die Pioniere von heute die Mainstreamer von morgen!

Ein wirtschaftlicher Umbau in Richtung «Green Economy» ist demnach nicht nur notwendig, sondern durchaus möglich. Die Schweiz kann und soll sich in diesem Sinn profilieren, zumal internationale Unternehmens- und Länderrankings zeigen, dass Nachhaltigkeitsleader auch wirtschaftlich zu den Erfolgreichen zählen. Die Schweiz muss die Krisenbewältigung konsequent zur Stärkung ihres Nachhaltigkeitsprofils nutzen.

Die Teilnehmenden des «Dialogs Nachhaltige Entwicklung Schweiz» sind sich weitgehend einig, dass eine nachhaltige Wirtschaftsweise zur Krisenbewältigung taugt, und auch in Zukunft keine volkswirtschaftlichen Nachteile nach sich zieht – falls eine langfristig berechenbare Politik mittels marktwirtschaftlicher Instrumente verfolgt wird.

Das Bundesamt für Raumentwicklung ARE ist mit der Umsetzung der Strategie Nachhaltige Entwicklung des Bundesrates beauftragt und fungiert als zentrale Koordinationsstelle innerhalb der Bundesverwaltung, sowie mit den Kantonen und Gemeinden. Einmal jährlich lädt das ARE zum «Dialog Nachhaltige Entwicklung Schweiz» ein. Neben dem «Forum Nachhaltige Entwicklung für Kantone und Gemeinden» bietet es damit eine weitere Plattform für die Vernetzung und den politischen Dialog rund um das Thema Nachhaltige Entwicklung der Schweiz.

Im Zentrum des «Dialogs Nachhaltige Entwicklung Schweiz» steht jeweils ein aktuelles politisches oder gesellschaftliches Thema. Zum Dialog eingeladen werden Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden sowie Private. Der Ergebnisse fliessen in die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundesrates ein.

